

N I E D E R S C H R I F T

über die 22. Sitzung des Rates

vom:	24.10.2001
von:	16:00 Uhr
bis:	18:35 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Rat

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender -
Stv Al-Omary, Falk,
Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Daus, Anny
Stv Dittert, Katrin
1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Elter, Uwe
Stv Flohren, Angelika
Stv Fries, Traute
Stv Gaden, Helga
Stv Gelber, Gunther
Stv Gerlach, Heinrich
Stv Glaamann, Herta
Stv Groß, Michael
Stv Heupel, Rüdiger
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Höpfner-Diezemann, Ute
Stv Jacob, Martin
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
2. Stellv. BM Köhl, Siegfried
Stv Lauble, Wilhelm
Stv Moll, Ilona
Stv Mues, Gunter
Stv Mues, Steffen

Stv Müller, Manfred
Stv Nauck, Gerda
Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Otto, Günter
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schleifenbaum, Dorothea
Stv Schmidt, André
Stv Schneider, Manfred
Stv Schulte, Werner
Stv Schwarz-Schumann, Helga
Stv Siebel, Helmut
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Stahl, Markus
Stv Steuber, Burkhard
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Strunk, Christine
Stv Tielsch, Ingrid Karin
Stv Walter, Klaus-Volker
Stv Wolf, Marianne
Stv Wunderlich, Horst
Stv Zips, Joachim

II. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Kühn
VA Bernshausen
BAR Ebertz
Dipl.-Ing. Krüger
Stellv. Leiter VHS Hiller
Städt. VR Scholze
Städt. VR Dorsch
VA Schneider
VfA Schmidt
StAR Münker - als Schriftführerin -

Nicht anwesend waren:

Stv Boller, Joachim
Stv Gierlich, Michael
Stv Kleine, Sancho-Antonio

Stv Krombach, Ulrich

Stv Morgenschweis, Thomas

Stv Müller, Heinz

Stv Schulze, Werner

Zur Tagesordnung:

Der öffentliche Teil wird um die Punkte 22.3 bis 22.5 und 23 erweitert.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Groß bestimmt.

22. Rat 24.10.2001

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.09.2001

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

22. Rat 24.10.2001

3. Fragestunde

3.1 Ratsinformationssystem und Internetzugang

- Anfrage der UWG-Fraktion vom 10.10.2001 -

Herr Dorsch beantwortet die Anfrage wie folgt:

Der Anschluss der Fraktionen an das hauseigene Sitzungsdienstprogramm erfolgt im Januar 2002. Die entsprechende Software ist inzwischen im Büro des Bürgermeisters installiert und befindet sich dort in der abschließenden Testphase. Ab Januar wird dann die Einsicht in Vorlagen bzw. Niederschriften möglich sein.

Der Internetzugang war den Fraktionen bereits über das Netzwerk der Stadt Siegen möglich. Dieser Weg wurde nicht von allen Fraktionen genutzt. Anlässlich der Ratsanfrage wurden die Fraktionsgeschäftsstellen nochmals auf diese Möglichkeit hingewiesen.

wiesen und auf Wunsch durch FB 2 mit den Funktionen des Internetexplorers vertraut gemacht.

22. Rat 24.10.2001

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1. „Ab in die Mitte“ 2002

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 10.10.2001 -

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürwortet grundsätzlich die Teilnahme der Stadt Siegen, so Herr Groß, legt jedoch Wert auf folgende Punkte:

- möglichst viele Kooperationspartner in allen Stadtteilen,
- Begleitung durch die städtischen Gremien,
- detaillierte Informationen über die Ziele des Programmes und die ädquate Ausrichtung der Projekte in der Stadt Siegen.

Herr Mues hält das jährliche Informationsgespräch zwischen dem Haupt- und Finanzausschuss und der Gesellschaft für Stadtmarketing im Grunde für ausreichend. In diesem Zusammenhang gibt er zu bedenken, inwieweit die Stadt Siegen sich in private Initiativen einschalten sollte. Die CDU-Fraktion kann dem Punkt 1 und dem ersten Satz in Punkt 2 des Antrages zustimmen, nicht aber den weiteren Punkten.

Die Initiativen zur Belebung der Innenstadt werden von Herrn Bertelmann sehr positiv bewertet. Seines Erachtens ist jedoch der Vorbehalt der Beschlussfassung städtischer Gremien in Anbetracht des Zeitfaktors unrealistisch. Darüber hinaus sieht er die Gefahr, dass einzelne Aktionen zerredet werden könnten.

Die SPD-Fraktion hält es für angebracht, dass sich die Stadt Siegen als Antragstellerin auch inhaltlich mit den Aktivitäten befassen sollte, so Herr Kirchhöfer. Es sollten auch die anderen Stadtteile einbezogen werden, zumal die Richtlinien dieses vorsehen. Bei einer Streichung des zweiten Satzes unter Ziffer 2 und Punkt 3 kann seine Fraktion den Antrag unterstützen.

Frau Tielsch begrüßt es, dass die Stadt Siegen durch gute Ideen und mit Aktivitäten von hohem künstlerischem Wert bereits zum zweiten Mal in dem Förderprogramm berücksichtigt werden konnte. Dies ist ihres Erachtens eine Bestätigung der Initiatoren.

Es ist zutreffend, so Herr Walter, dass die Richtlinien die Einbindung aller Stadtteile vorsehen. Er befürchtet jedoch einen Qualitätsverlust, wenn zuviele Ideen und Aktivitäten zur Diskussion stehen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist mit der Streichung des zweiten Satzes unter Ziffer 2 einverstanden, so Herr Groß. Er betont, dass von seiner Fraktion an keiner Stelle die Maßnahmen selbst kritisiert werden, sondern das Prozedere. Er legt Wert darauf, dass die Zuständigkeiten eingehalten und die Aktivitäten auf alle Stadtteile ausgedehnt werden. Abschließend bittet er um getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte des Antrages.

Beschluss (gemäß Antrag und Änderung unter Ziffer 2):

1. Die Stadt Siegen beteiligt sich am Städtewettbewerb „Cityoffensive - Ab in die Mitte“ 2002 und in den Folgejahren.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

2. Die städtischen Gremien werden sowohl über eine Antragstellung als auch über die Bewilligung informiert.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

3. Die Stadt Siegen informiert im Vorfeld einer Antragstellung mögliche Kooperationspartner insbesondere in den großen Stadtzentren Eiserfeld, Weidenau, Siegen und Geisweid.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen, 1 Enthaltung

22. Rat 24.10.2001

4.2. Verbesserung der Situation in der Oberstadt

- Antrag der UWG-Fraktion vom 08.10.2001 -

Herr Kühn führt aus, dass seinerzeit die Gründung einer Projektgesellschaft befürwortet wurde unter der Voraussetzung, dass eine Mitfinanzierung aus Landesmitteln erfolgt. Die Verwaltung hat sich um eine entsprechende Förderung bemüht, musste zwischenzeitlich aber feststellen, dass für diese Form des Stadtmarketings kein Förderzugang besteht, da das Stadium des Anstoßens von Aktivitäten bereits zurückliegt. So wurden z. B. schon im Vorfeld des Beschlusses Arbeitskreise gebildet, die verschiedene Fachthemen bearbeiten und umsetzen.

Herr Mues macht erhebliche Bedenken gegen die vorgeschlagene Reduzierung der Parkgebühren geltend. Zum einen spielen diese bei der Frequentierung eines Bereiches nicht mehr die Rolle, von der bisher ausgegangen wurde. Zum anderen sind

die erheblichen Abhängigkeiten zwischen den Parkregelungen an den verschiedenen Standorten zu beachten. Die CDU-Fraktion wird dem Vorschlag daher nicht

zustimmen. Bezüglich der Einsetzung eines Arbeitskreises ist auf die verschiedenen bereits bestehenden Gremien hinzuweisen, wo Teilaspekte sowohl im politischen Bereich als auch in Wirtschaft und Handel diskutiert werden. Bedauerlich ist jedoch der lange Umsetzungszeitraum für die beschlossenen Maßnahmen. Durch die Einrichtung eines neuen Arbeitskreises werden wiederum Ressourcen gebunden. Vielmehr könnte diese Aufgabe im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften, wo auch die entsprechenden Personen vertreten sind, wahrgenommen werden. Entscheidend für die weitere Entwicklung in der Oberstadt ist jedoch seines Erachtens die Vermarktung des Kerber-Gebäudes.

Herr Kirchhöfer erinnert daran, dass erst vor einiger Zeit für die Parkhäuser Hinterstraße und Löhrtor die Parkregelungen geändert wurden, ohne einen durchgreifenden Erfolg zu erzielen. Eine erneute Änderung hält er auch im Hinblick auf die vertraglichen Regelungen für die anderen Park-Standorte für unverträglich. Die SPD-Fraktion wird daher diesem Vorschlag nicht zustimmen und bezweifelt, ob die Installation eines neuen Arbeitskreises den gewünschten Erfolg bringt.

Herr Bürgermeister Stötzel schlägt vor, für die nichtöffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften den Standardpunkt „Oberstadt“ aufzunehmen und die einzelnen Fragen und Anregungen dort zu thematisieren.

Der Beschluss von September 2000 hatte zum Ziel, so Herr Bertelmann, eine Strategie zu entwickeln, wie z. B. Leerstände besser vermarktet werden können. Diese sind nicht nur am Kerber-Gebäude selbst, sondern auch im Umfeld nicht zu verkennen. Es ist jedoch festzustellen, dass das Thema nicht mit der notwendigen Energie vorangetrieben wird. Er erklärt sich einverstanden mit dem Vorschlag, das Thema zum festen Beratungsgegenstand im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften zu machen. Im Hinblick auf die Gestaltung der Parkgebühren hält er es für erforderlich, alles zu tun, um die Frequentierung des Weihnachtsmarktes in der Oberstadt zu unterstützen.

Herr Walter stimmt der Einschätzung zu, dass die Leerstände in der Oberstadt zunehmen. Die F.D.P.-Fraktion bevorzugt jedoch in diesem Punkt kurze Wege über den Fachausschuss, den zuständigen Fachbereich und die Eigentümer. Bezugnehmend auf den Vorschlag zur Senkung der Parkgebühren vertritt seine Fraktion die Auffassung, dass diese konkret auf den Zeitraum des Weihnachtsmarktes begrenzt werden sollte und erhebt dies zum Antrag.

Die Vorschläge der UWG sind nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht geeignet, die Situation zu verbessern, so Herr Groß. Zu den Punkten Weihnachtsmarkt und Parkgebühren ist festzuhalten, dass eine Zustimmung zum Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Verlegung des Weihnachtsmarktes in die Oberstadt eine gute Chance gewesen wäre, dauerhaft eine Verbesserung zu erzielen. Dies wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt. Es ist seines Erachtens aber wenig sinnvoll,

attraktive Angebote in anderen Bereichen beizubehalten und parallel dazu weitere in der Oberstadt zu schaffen.

Beschluss (über Ziffer 1 des Antrages der UWG-Fraktion):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, für die Zeit vom 01.11. bis 31.12.2001 die Parkgebühren für die Parkhäuser Hinterstraße und Löhrtor auf 50 % der nunmehr geltenden Gebühren zu reduzieren. Der bei der KEG als Eigentümerin der Parkeinrichtungen entstehende Verlust ist aus Mitteln des Verwaltungshaushaltes zu erstatten.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (4 Stimmen dafür), 0 Enthaltungen

Beschluss (über den Antrag der F.D.P.-Fraktion):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, für die Zeit der Durchführung des Weihnachtsmarktes in der Oberstadt die Parkgebühren für die Parkhäuser Hinterstraße und Löhrtor auf 50 % der nunmehr geltenden Gebühren zu reduzieren. Der bei der KEG als Eigentümerin der Parkeinrichtungen entstehende Verlust ist aus Mitteln des Verwaltungshaushaltes zu erstatten.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen, 7 Stimmen dafür, 0 Enthaltungen

Zu Punkt 2 des Antrages der UWG-Fraktion besteht Einvernehmen dahingehend, dass der Punkt „Oberstadt“ bis auf weiteres als Standardpunkt im nichtöffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften in die Tagesordnung aufgenommen wird.

22. Rat 24.10.2001

**5. Unterrichtung des Rates und der Fachausschüsse
hier: Verzeichnis der nicht ausgeführten Beschlüsse
(01.07.2000 - 30.06.2001)**

Vorlagenr. 1418/2001 - Vorlage vom 13.09.2001 -

vv Der Rat der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

22. Rat 24.10.2001

6. Sitzungstermine in 2002 für Rat / Haupt- und Finanzausschuss

Vorlagenr. 1429/2001 - Vorlage vom 19.09.2001 -

Beschluss:

Der Rat / der Haupt- und Finanzausschuss des Rates legt für das Jahr 2002 folgende Sitzungstermine fest:

HFA		Rat	
30.01.2002	(regulär)	06.02.2002	(regulär)
13.02.2002	(Haushalt)	27.02.2002	(Haushalt)
06.03.2002		14.03.2002	Donnerstag
10.04.2002		24.04.2002	
08.05.2002		22.05.2002	
05.06.2002		19.06.2002	
03.07.2002		17.07.2002	
11.09.2002		25.09.2002	
09.10.2002		30.10.2001	
13.11.2002		27.11.2002	
04.12.2002		18.12.2002	

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

7. Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden

Vorlagenr. 1440/2001 - Vorlage vom 28.08.2001 -

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertritt die Auffassung, so Herr Groß, dass bei der Durchführung eines Bürgerentscheides an einem Tag die Möglichkeit der Briefwahl zugelassen werden sollte, um möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme zu ermöglichen. Er beantragt, diesen Punkt in die Satzung aufzunehmen.

Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Erlass der der Vorlage als Anlage 1 beige-fügten Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Siegen mit der Änderung, dass Briefwahl zugelassen wird.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (7 Stimmen dafür), 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Erlass der der Vorlage als Anlage 1 beige-fügten Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Siegen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (2 Stimmen dagegen), 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

8. Übernahme einer neuen Patenschaft für ein Boot / Schiff der Deutschen Marine

Vorlagenr. 1443/2001 - Vorlage vom 20.09.2001 -

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht sich gegen die Übernahme einer solchen Patenschaft aus, da diese als nicht mehr zeitgemäß und unnötig angesehen wird. Die Mittel könnten an anderer Stelle besser eingesetzt werden, so Herr Groß.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, beim Ministerium für Verteidigung den Antrag auf Übernahme einer neuen Patenschaft für ein Boot / Schiff der Deutschen Marine zu stellen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (2 Stimmen dagegen), 4 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

9. Überprüfung einer möglichst umfassenden Kooperation der Volkshochschulen des Kreises Siegen-Wittgenstein und der Stadt Siegen

Vorlagenr. 1308/2001 - Vorlage vom 01.08.2001 -

Beschluss (gemäß Empfehlung des Kulturausschusses):

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, zu überprüfen, ob die Stadt Siegen verpflichtet ist, im Rahmen der 40 %-igen Kreisumlage die VHS des Kreises Siegen-Wittgenstein mitzufinanzieren, obwohl sie selbst entsprechend den Regelungen des Weiterbildungsgesetzes eine städtische Volkshochschule unterhält.
- b) Entsprechend der Anregung auf Seite 6 der Verwaltungsvorlage vom 01.08.2001 wird eine in Zukunft im Bereich der hauptamtlichen pädagogischen MitarbeiterInnen frei werdende Stelle nicht mehr besetzt.
- c) Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass die VHS ab sofort unter Berücksichtigung sämtlicher Einnahmen und Ausgaben (also auch Ausgaben laut SN A sowie Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten etc.) unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten Einnahmen, Ausgaben und Ergebnisse der einzelnen Kurse ermittelt. Zum Aufbau dieses betriebswirtschaftlichen Abrechnungssystems ist ggf. ein Controller vorübergehend einzusetzen.
- d) Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu einer der nächsten Sitzungen zu überprüfen, ob die VHS-Kurse nicht in vorhandenen Schulgebäuden wesentlich kostengünstiger durchgeführt werden können, so dass die zur Zeit genutzten VHS-Gebäude zumindest teilweise veräußert oder einer anderen Nutzung zugeführt werden können.
- e) Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vertrag zu erarbeiten, der die Kooperationspunkte zwischen den Volkshochschulen der Stadt und des Kreises Siegen-Wittgenstein exakt manifestiert.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

**10. Schlossplatz am Unteren Schloss
hier: Änderung der Entgeltordnung, Währungsumstellung von DM
auf Euro mit Wirkung vom 01.01.2002**

Vorlagenr. 1403/2001 - Vorlage vom 06.08.2001 -

Herr Reitz weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in der täglichen Praxis für den Platz die unterschiedlichsten Bezeichnungen verwendet werden. Seines Erachtens sollte eine einheitliche Sprachregelung getroffen werden.

Herr Bürgermeister Stötzel sagt zu, dem nachzugehen und den Rat zu informieren.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Netto-Mietzins für die Vermietung des Schlossplatzes am Unteren Schloss in Siegen gemäß Ziffer 3 der Entgeltordnung „Mietentgelt“ im Rahmen der Währungsumstellung von DM auf Euro ab 01.01.2002 von 2,--DM m²/Tag auf 1,--Euro m²/Tag festzusetzen.

Die sich aus der Entgeltordnung ergebenden prozentualen Zuschläge bzw. Nachlässe sowie die prozentuale Einnahmeteiligung des Landes NRW gemäß Ergänzungsvereinbarung bleiben von der Neufestsetzung unberührt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

11. Bühne der Stadt Siegen
hier: Änderung der Entgeltordnung, Währungsumstellung von DM
auf Euro mit Wirkung vom 01.01.2002

Vorlagennr. 1404/2001 - Vorlage vom 02.08.2001 -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Rahmen der Währungsumstellung von DM auf Euro den Grundmietpreis für die Anmietung der Bühne der Stadt Siegen von bisher 1.080,--DM auf 550,--Euro ab 01.01.2002 festzusetzen und die prozentualen Zuschläge und Nachlässe gemäß beiliegender geänderter Entgeltordnung für die Bühne der Stadt Siegen entsprechend zu berechnen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

12. Neukonzeption und Bausanierung Oberes Schloss

Vorlagennr. 1412/2001 - Vorlage vom 12.09.2001 -

Beschluss (gemäß Empfehlung des Kulturausschusses):

- a) Das Arbeitspapier der UWG-Fraktion „Museum des Siegerlandes - Eine Bestandsaufnahme vor dem Hintergrund der dramatisch zurückgegangenen Besucherzahlen“ wird in die Diskussion um die Erarbeitung eines Marketing-Konzeptes einbezogen.
- b) Zur Umsetzung und Prüfung der in diesem Arbeitspapier enthaltenen Vorschläge und Anregungen ist eine Arbeitsgruppe unter Leitung der Vorsitzenden des Kulturausschusses mit folgender Besetzung einzurichten:

- je 2 Vertreter der CDU- und der SPD-Fraktion
 - je ein Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der UWG- und der F.D.P.-Fraktion
 - Verein der Freunde und Förderer des Siegerlandmuseums
 - Heimat- und Geschichtsverein
 - Universität Siegen
 - Museumsleitung
 - Kulturverwaltung
 - Pressestelle.
- c) Die Arbeitsgruppe berichtet im Kulturausschuss als zuständigem Fachausschuss über das erarbeitete Ergebnis.
- d) Die Museumsleiterin wird beauftragt, als Voraussetzung und Bestandteil des Marketing-Konzeptes ein konkretes Museumskonzept vorzulegen, aus welchem sich auch die eventuell notwendigen Umgestaltungsmaßnahmen in inhaltlicher, gestalterischer und baulicher Hinsicht ergeben. Dies beinhaltet auch eine Ausstellungskonzeption. Das Konzept ist spätestens bis Frühjahr 2002 vorzulegen.
- e) Die Verwaltung wird beauftragt, eine Liste sämtlicher zur Bausubstanzerhaltung notwendigen Maßnahmen nebst aufgeschlüsselter Kostenaufstellung zur nächsten Sitzung des Kulturausschusses vorzulegen, damit diese Maßnahmen schnellstmöglich in Angriff genommen werden. Die übrigen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen werden erst nach Vorlage des Marketing- und Museumskonzeptes beschlossen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung

22. Rat 24.10.2001

13. Bäderkonzeption - Finanzierung
Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW

Vorlagenr. 1446/2001 - Vorlage vom 25.09.2001 -

Herr Groß hält fest, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Entscheidung aufgrund des Deckungsvorschlages nicht zustimmen wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.10.2001:

Die Haushaltsmittel für die Finanzierung des Auftrages für die Vergabe der Bäderkonzeption in Höhe von 81.000,00 DM werden außerplanmäßig auf der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 1.570.6550.5 bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch

die Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln aus der HHSt. 1.560.5101.2
- Sonderprogramm für die Unterhaltung der Sportplätze - in Höhe von
50.000,00 DM und

aus Mehreinnahmen aus der HHSt. 1.571.1100.0 - Benutzungsgebühren
Freibäder - in Höhe von 31.000,00 DM.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (2 Stimmen dagegen), 2 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

14. Kommunale Beschäftigungsförderung

- **Beteiligung der Stadt Siegen**
- **Bürgschaft**
- **Gesellschaftervertrag**

Vorlagenr. 1352/2001 - Vorlage vom 23.08.2001 -

Herr Mues schlägt vor, die Bürgschaft zunächst nur bis zum 31.12.2002 zu verlängern. Der Änderung des Gesellschaftsvertrages wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zugestimmt. Die Verwaltung wird gebeten, die Vertragsänderungen in Form einer Synopse erneut zur Beratung vorzulegen. Die Fortführung der Beteiligung an der NAS sollte ohne konkrete Fristsetzung bis auf weiteres erfolgen.

Die SPD-Fraktion kann den Änderungsvorschlägen zustimmen, so Herr Dr. Stötzel.

Die Antwort auf die Frage von Herrn Bürgermeister Stötzel zu Kündigungsfristen ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Beschluss (in Abänderung des Verwaltungsvorschlags):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt,

- die Beteiligung an der NAS wird über den 31. Dezember 2000 hinaus bis auf Weiteres verlängert, und zwar unter der Voraussetzung, dass sich hinsichtlich der Verteilung des Defizitausgleichs keine nachteiligen Änderungen ergeben,

- die zur Liquidität der Gesellschaft von der Stadt übernommene Bürgschaft mit Rangrücktrittserklärung in Höhe von 5/8 von 210.000,00 DM = 131.250,00 DM bis zum 31. Dezember 2002 zu verlängern,
- die Stammeinlage von 17.000,00 DM auf 17.602,47 DM/9.000 € zu erhöhen,

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung

22. Rat 24.10.2001

15. Kindertageseinrichtung Birkenweg 18 - Sanierung

Vorlagenr. 1428/2001 - Vorlage vom 19.09.2001 -

Herr Bürgermeister Stötzel verweist auf den Auftrag des Haupt- und Finanzausschusses, rechtliche Möglichkeiten zur Anfechtung des Kaufvertrages wegen arglistiger Täuschung oder Ansprüche gegenüber dem seinerzeit eingeschalteten Gutachter sowie abhängig vom Ergebnis eine Heranziehung der Eigenschadenversicherung zu prüfen. Die Verwaltung wird dem nachkommen. Insofern ist eine erneute Beschlussfassung des Rates in diesem Punkt entbehrlich.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Kindertageseinrichtung "Birkenweg 18", Eiserfeld, in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Siegen-Wittgenstein/Olpe, Siegen, mit 447.000,00 DM zu sanieren. Der städt. Eigenanteil beträgt 377.777,00 DM. Im Haushaltsjahr 2001 stehen hierfür 176.250,00 DM zur Verfügung. Die Ausfinanzierung der Maßnahme erfolgt im Haushaltsjahr 2002.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

16. „Honorarkräfte“ im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit; hier: Stellenplan

Vorlagenr. 1341/2001 - Vorlage vom 20.07.2001 -

Bezug nehmend auf die Fragestellungen im Haupt- und Finanzausschuss teilt Herr Bernshausen mit, dass von vier Kommunen Auskunft über die dortige Verfahrensweise gegeben wurde. Bei drei Kommunen wird eine Hausaufgabenbetreuung im Rahmen der Verlässlichen Halbtagschule durch abhängig Beschäftigte durchgeführt. Eine Kommune arbeitet zur Zeit noch mit Honorarverträgen.

Für die F.D.P.-Fraktion beantragt Herr Walter, eine Befristung auf zwei Jahre vorzunehmen.

Herr Bürgermeister Stötzel lässt über die Verwaltungsvorlage als weitestgehenden Vorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Entfristung der im Stellenplan bis zum 31.12.2001 befristeten 7,54 Stellen (früher von Honorarkräften übernommene Aufgaben in den städtischen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

**17. Förderanträge außerhalb des Haushaltes 2001
- Antrag des Jugendhilfeausschusses -**

Vorlagenr. 1441/2001 - Vorlage vom 18.09.2001 -

Herr Groß erläutert, dass es sich hier um zwei Anträge mit einem Gesamtvolumen von über 100.000,00 DM handelt, die über den Landesjugendplan gefördert werden. Zur Sicherstellung der Projekte ist jedoch eine Kofinanzierung notwendig. Der in Rede stehende Zuschussbetrag beläuft sich auf 29.000,00 DM. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, diese Mittel außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen. Der Stellungnahme des Kämmerers ist grundsätzlich nicht zu widersprechen, jedoch nur akzeptabel, wenn diese Linie auch bei anderen Projekten konsequent verfolgt wird.

Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die benötigten Mittel zur Förderung der in der Vorlage 1250/01 genannten Projekte außerplanmäßig bereitzustellen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (2 Stimmen dafür), 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 04.09.2001, die außerplanmäßig benötigten Mittel zur Förderung der in Vorlage 1250/01 genannten Projekte mit Deckung im Rahmen des Budgets des Fachbereiches 5 bereitzustellen, nicht zu folgen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (2 Stimmen dagegen), 1 Enthaltung

22. Rat 24.10.2001

18. Brandschutzbedarfsplan der Stadt Siegen 2001 bis 2003

Vorlagenr. 1422/2001 - Vorlage vom 13.09.2001 -

Herr Bürgermeister Stötzel dankt eingangs den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der Freiwilligen Feuerwehr für die konstruktive Arbeit und die guten Ergebnisse.

Herr Baumeister betont, dass der Brandschutzbedarfsplan die entscheidende Grundlage für die Gestaltung des Feuerschutzes in den nächsten Jahren darstellt. Es ist festzustellen, dass sich in der Stadt Siegen Feuerschutz und technische Hilfe auf einem hohen Niveau befinden. Möglichkeiten zur Verbesserung werden nunmehr im Brandschutzbedarfsplan aufgezeigt. Anhand des Maßnahmenkataloges wird im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanberatungen zu entscheiden sein, wo zusätzliche Mittel eingesetzt werden. Auch sein Dank geht an die haupt- und ehrenamtlichen Mitglieder der Feuerwehr, die mit eigenen Mitteln und eigenen Initiativen die Konzeption erstellt haben.

Für die CDU-Fraktion schließt sich Herr Mues dem Dank an. Er unterstreicht die hervorragende Bestandsaufnahme und klare Darstellung der Konsequenzen. Für die Zukunft wird es notwendig sein, durch entsprechende finanzielle Leistungen das Niveau zu erhalten bzw. zu verbessern.

Herr Schneider stellt heraus, dass es Dank der Arbeit der örtlichen Wehren in gemeinsamer Arbeit gelungen ist, alle dörflichen Strukturen zu erhalten. Darüber hinaus wird die Sicherheit der Bevölkerung dadurch weiter verbessert, dass eine landesübergreifende nachbarschaftliche Löschhilfe erreicht werden konnte. Er ist zuversichtlich, dass auch die entsprechenden finanziellen Mittel für weitere Verbesserungen bereitgestellt werden.

Namens der UWG-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.-Fraktion schließen sich Herr Otto, Herr Groß und Herr Walter dem Dank an. Herr Groß bittet in diesem Zusammenhang um einen Sachstandsbericht zum Punkt „Verlagerung der Feuer- und Rettungswache“.

Herr Walter erinnert an die notwendige Verbesserung des Meldesystems.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Brandschutzbedarfsplan für die Feuerwehr der Stadt Siegen für den Zeitraum 2001 bis 2003.

Die Verwaltung wird beauftragt, die dem Brandschutzbedarfsplan entsprechende Finanzplanung vorzunehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

19. Änderung der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Siegen

Vorlagennr. 1338/2001 - Vorlage vom 16.08.2001 -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt,

1. die Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Siegen vom 23.12.1992 in der derzeit gültigen Fassung vom 25.09.1997 wird entsprechend der Änderungssatzung in Anlage 1 zur Vorlage geändert,
2. der zur Förderung der Eigenkompostierung gewährte Zuschuss bei Anschaffung eines Komposters (§ 1a Nr. 4 Abfallwirtschaftssatzung) in Höhe der Hälfte des Kaufpreises je Stück, höchstens jedoch von 50,00 DM (= 25,56 €) je Stück, wird ab 01.01.2002 auf die Hälfte des Kaufpreises je Stück, höchstens jedoch 25,00 € je Stück festgesetzt,
3. die Geldbuße (§ 20 Abs. 2 Abfallwirtschaftssatzung) von bis zu 10.000 DM (= 5.112,92 €) wird ab 01.01.2002 auf bis zu 10.000 € angehoben.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

20. Jahresabschluss 2000

Vorlagennr. 1378/2001 - Vorlage vom 28.08.2001 -

Herr Kirchhöfer teilt mit, dass der Werksausschuss den Jahresabschluss beraten und einstimmig zur Verabschiedung empfohlen hat. Seitens des Wirtschaftsprüfers wurde in der Sitzung mitgeteilt, dass ein zusätzliches Erörterungsgespräch von der Bezirksregierung für entbehrlich erachtet wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

- den Jahresabschluss zum 31.12.2000 (Anlagen 1, 2 und 3 zur Vorlage),
- den Lagebericht (Anlage 4 zur Vorlage) festzustellen und
- den Jahresgewinn von 602.090,59 DM auf neue Rechnung vorzutragen

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

21. Betriebsabrechnung 2000

Vorlagennr. 1379/2001 - Vorlage vom 28.08.2001 -

Herr Kirchhöfer informiert über die Beratung des Werksausschusses. Der fehlenden Kostendeckung bei einzelnen Positionen wird nachgegangen.

Beschluss:

Der Bericht zur Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2000 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

22. Ausschussneubesetzungen**22.1. Ausschussneubesetzung - Jugendhilfeausschuss**

Vorlagennr. 1449/2001 - Vorlage vom 04.10.2001 -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Christoph Otterbach als ordentliches Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

22.2. Ausschussneubesetzungen

- Bezirksausschuss II - Siegen-Weidenau
- Bezirksausschuss VI - Siegen-Eiserfeld -

Vorlagennr. 1450/2001 - Vorlage vom 08.10.2001 -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt

- a) Herrn Raumund Klauser als ordentliches Mitglied in den Bezirksausschuss II – Siegen-Weidenau – und

- b) Herrn Ulrich Krombach als stellvertretendes Mitglied in den Bezirksausschuss VI – Siegen-Eiserfeld –.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

22.3. Ausschussneubesetzung - Jugendhilfeausschuss

Vorlagennr. 1468/2001 - Vorlage vom 15.10.2001 -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt

- a) Herrn Günter Niedernhöfer als ordentliches beratendes Mitglied und
b) Herrn Meik Klingelhöfer als stellvertretendes beratendes Mitglied

in den Jugendhilfeausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

22.4. Ausschussneubesetzung - Bezirksausschuss II - Siegen-Weidenau -

Vorlagennr. 1485/2001 - Vorlage vom 23.10.2001 -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Frau Brigitte Sondermann als stellvertretendes Mitglied in den Bezirksausschuss II – Siegen-Weidenau – .

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

22.5. Ausschussneubesetzungen

- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften
- Feuerschutzausschuss
- Kulturausschuss
- Bezirksausschuss IV - Siegen-Mitte -

Vorlagennr. 1487/2001 - Vorlage vom 23.10.2001 -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt

- a) Herrn Herbert Haas als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften,
- b) Herrn Rainer Stötzel als ordentliches Mitglied in den Feuerschutzausschuss,
- c) Herrn Achim Maziejewski als stellvertretendes Mitglied in den Feuerschutz-ausschuss,
- d) Frau Marion Maziejewski als stellvertretendes Mitglied in den Kulturaus-schuss,
- e) Frau Birgit Eberlein als ordentliches Mitglied in den Bezirksausschuss IV – Siegen-Mitte – sowie
- f) Herrn Johannes Althaus als stellvertretendes Mitglied in den Bezirksaus-schuss IV – Siegen-Mitte – .

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

**23. Weihnachtsmarkt in der Oberstadt 2001;
- Übernahme einer Finanzierungslücke**

Vorlagennr. 1478/2001 - Vorlage vom 18.10.2001 -

Eingangs weist Herr Bürgermeister Stötzel darauf hin, dass in der Gesamtbetrachtung dem Ergebnis aus der Durchführung des Weihnachtsmarktes die Kosten anderer Veranstaltungen gegenübergestellt werden müssen. Die Kalkulation des Defizites für das Jahr 2001 ist ohne die Berücksichtigung eines städtischen Zuschusses vorgenommen worden.

Herr Groß kritisiert das Verfahren und hebt hervor, dass trotz eines entsprechenden Beschlusses nach wie vor keine detaillierte Kostenaufstellung vorgelegt wurde. In der Konsequenz heißt das nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass eine Bezuschussung des Weihnachtsmarktes nicht in Betracht kommt, da ein Zuschussbedarf nicht glaubhaft dargelegt wurde. Im Übrigen sind bei allen anderen Projekten für die Gewährung von Zuschüssen durch die Stadt Siegen detaillierte Begründungen und Kostenaufstellungen vorzulegen. Ein Abweichen von

diesen Verfahren im Einzelfall hält er für sehr bedenklich. Er fordert den Rat auf, aus diesen Gründen zunächst eine Entscheidung zurückzustellen.

Herr Bürgermeister Stötzel macht deutlich, dass hier ein privater Verein im Auftrag der Stadt bestimmte Aufgaben wahrnimmt und die Kosten in den Gremien des Vereines dargelegt werden müssen. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass in die Gesamtfinanzierung auch Kosten für andere Projekte einfließen und der Weihnachtsmarkt nicht als Einzelveranstaltung betrachtet werden kann. Es wurde vereinbart, dass Vertreter des Haupt- und Finanzausschusses und der GSS Anfang Januar noch einmal die Thematik erörtern.

Für die SPD-Fraktion ist die Frage nach der Quersubventionierung beantwortet, so Herr Kirchhöfer, daher sollte dem Beschlussvorschlag so zugestimmt werden.

Für Herrn Groß besteht ein erheblicher Unterschied zwischen einer pauschalen Defizitabdeckung und einem Zuschuss zu einer bestimmten Veranstaltung. Die Argumentation ist daher für ihn nicht nachvollziehbar.

Herr Baumeister erklärt, dass der Verwaltung Nachweise in Form der Abrechnung 2000 und der Kalkulation für 2001 vorgelegen haben. Eine weitergehende Überprüfung ist nicht möglich.

Beschluss:

Auf Grund der Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften sowie des Haupt- und Finanzausschusses beschließt der Rat der Stadt Siegen, die Realisierung des Weihnachtsmarktes in der Oberstadt durch Übernahme einer Restfinanzierung in Höhe von 20.000,00 DM aus Strukturfördermitteln für die Oberstadt zu unterstützen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (2 Stimmen dagegen), 0 Enthaltungen

22. Rat 24.10.2001

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Büro Bürgermeister
Bearbeitet von: Frau Munker / Frau Schmidt

Datum
13.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

02.10.2001

Rat

24.10.2001

Betreff:

Unterrichtung des Rates und der Fachausschüsse
hier: Verzeichnis der nicht ausgeführten Beschlüsse (01.07.2000 - 30.06.2001)

Beschlussvorschlag:

Der Haupt - und Finanzausschuss / der Rat nimmt Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Beschluss datum	Vorla- ge Nr.	Betreff	Begründung für Nichtausfüh- rung
HFA 20.09.2000	661/00	Strukturoffensive Siegen- Mitte Gründung einer Projektge- sellschaft mit der Zielset- zung, eine Philosophie / Marketingstrategie für die Oberstadt zu erarbeiten	Die Zuschussfrage mit dem Land konnte noch nicht abschließend geklärt werden.
Rat 28.02.2001	Antrag gemäß § 9	Busbereitstellungsplatz (Überweisung an Fachausschuss)	Verwaltungsvorlage nach Ab- schluss des Normenkontrollverfah- rens.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle @HST@
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	--------------------------

Ulf Stötzel

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Büro Bürgermeister
Bearbeitet von: Frau Mürker

Datum
19.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

02.10.2001

Rat

24.10.2001

Betreff:

Sitzungstermine in 2002 für Rat / Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Rat / der Haupt- und Finanzausschuss des Rates legt für das Jahr 2002 folgende Sitzungstermine fest:

HFA	Rat
30.01.2002 (regulär)	06.02.2002 (regulär)
13.02.2002(Haushalt)	27.02.2002 (Haushalt)
06.03.2002	14.03.2002 Donnerstag
Osterferien 25.03. - 05.04.2002	
10.04.2002	24.04.2002
08.05.2002	22.05.2002
05.06.2002	19.06.2002
03.07.2002	17.07.2002
Sommerferien 18.07. - 30.08.2002	
11.09.2002	25.09.2002
09.10.2002	
Herbstferien 14.10. - 25.10.2002	
	30.10.2002
13.11.2002	27.11.2002
04.12.2002	18.12.2002

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat / der Haupt- und Finanzausschuss legen ihre Sitzungstermine im Voraus fest.

Unter weitestmöglicher Berücksichtigung der Sitzungstermine des Landtags NRW schlage ich vorstehende Termine vor.

Ergänzend möchte ich auf folgende Veranstaltungen hinweisen:

Anfang Juli 2002 Sondersitzung des Rates zur 10. Verleihung des Rubenspreises der Stadt Siegen
(genauer Termin wird noch festgelegt)

03. Oktober 2002 Festsitzung des Rates anlässlich des Tags der Deutschen Einheit.

Ulf Stötzel

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	-----------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich Büro Bürgermeister
Bearbeitet von:

Datum
20.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

02.10.2001

Rat

24.10.2001

Betreff:

Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Erlass der als Anlage 1 beigelegten Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Siegen.

Sachverhalt / Begründung:

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung am 17.10.1994 ist der Bürgerentscheid als Instrument direkter Bürgerbeteiligung an der Kommunalverwaltung eingeführt worden. Von Oktober 1994 bis Januar 2001 gab es in Nordrhein-Westfalen 167 Bürgerbegehren, bei denen es in 51 Fällen zu einem Bürgerentscheid gekommen ist. Das Innenministerium hat von der Ermächtigung der Gemeindeordnung (GO), durch Rechtsverordnungen das Nähere über die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zu regeln, bisher keinen Gebrauch gemacht. In NRW setzt ein Bürgerentscheid zwingend ein Bürgerbegehren voraus. Der als Anlage beigelegte Entwurf einer Satzung entspricht im wesentlichen der Mustersatzung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes, an die sich auch andere Städte (Olpe, Gütersloh, Paderborn u.a.) anlehnten. Eine Mustersatzung des Städtetages existiert nicht. In dieser Satzung sind ausschließlich Regelungen zum Verfahren bei der Abstimmung im Rahmen eines Bürgerentscheides enthalten. Während das Verfahren zum Bürgerbegehren abschließend in § 26 GO geregelt ist, ist die Entscheidung in Einzelfragen bezüglich der Durchführung von Bürgerentscheiden der jeweiligen Gemeinde überlassen worden.

Für die Stadt Siegen sind daher bestimmte Detailfragen zu regeln hinsichtlich:

- der Durchführung des Bürgerentscheides an einem bestimmten Abstimmungstag oder innerhalb eines Abstimmungszeitraumes (2 Wochen)
- der Möglichkeit einer Briefwahl
- der Anzahl der einzurichtenden Wahllokale
- ob der Bürgerentscheid auf einer Satzung oder einem einfachen Ratsbeschluss beruhen soll
- der Möglichkeit, die Abstimmungsberechtigten schriftlich durch den Bürgermeister oder durch Veröffentlichung in der Tagespresse zu benachrichtigen

Nach Vorberatung im Ältestenrat schlage ich vor, diese Fragen losgelöst vom konkreten Einzelfall in einer Satzung für die Stadt Siegen festzulegen.

Die Bestimmungen der Mustersatzung orientieren sich eng am Kommunalwahlrecht (Kommunalwahlgesetz und – wahlordnung). Soweit Abweichungen in der Satzung der Stadt Siegen sinnvoll erscheinen, werden sie in den nachstehenden Erläuterungen begründet.

Als Anlage ist der Entwurf der Satzung beigelegt. Die in den nachfolgenden Erläuterungen enthaltenen Gliederungsziffern entsprechen den eingerahmten Ziffern im Entwurf.

Erläuterungen zum Satzungsentwurf:

- 1

 Gem. § 3 teilt der Bürgermeister das Abstimmungsgebiet in Stimmbezirke ein. Eine Einteilung in Stimmbezirke wie bei der letzten Kommunalwahl hätte zur Konsequenz, dass im Abstimmungsgebiet 80 Wahllokale eingerichtet werden müssten. Ich schlage daher in Hinblick darauf, dass dies mit einem hohen Kostenfaktor und Personalaufwand verbunden ist vor, das Abstimmungsgebiet in die bisherigen 29 Wahlbezirke einzuteilen und in jedem dieser Bezirke ein Wahllokal einzurichten.
- 2

 In Zusammenhang mit den Vorschriften über den Stimmschein (vergleichbar dem Wahlschein bei der Kommunalwahl) ist – wie es auch die Mustersatzung vorsieht - über die Zulässigkeit der Briefwahl zu entscheiden.
Mit der Möglichkeit der Briefwahl wäre ein zusätzlicher, erheblicher Personal- und Sachaufwand verbunden. Des Weiteren würden bei dieser Form der Abstimmung weitere Kosten anfallen. Legt man die Vergleichszahlen der letzten Kommunalwahl zugrunde, bei der ca. 7.500 Abstimmungsberechtigte von der Möglichkeit einer Briefwahl Gebrauch gemacht hatten, so würden allein zusätzlich Portokosten von rund 22.000 DM anfallen.
Ich schlage daher vor, auf die Möglichkeit der Abstimmung per Briefwahl zu verzichten (siehe auch § 12 Abs. 5 des Satzungsentwurfes).
- 3

 Die Mustersatzung lässt die Möglichkeit offen, jeden Abstimmungsberechtigten vor Auslegung des Abstimmungsverzeichnisses durch den Bürgermeister benachrichtigen zu lassen oder die erforderlichen Informationen in einer öffentlichen Bekanntmachung zusammenzufassen.

Bei einer öffentlichen Bekanntmachung müssten u.a. die Zusammensetzung aller Stimmbezirke mit namentlicher Nennung der Straßen und die jeweils zur Verfügung stehenden Abstimmungslokale aufgeführt werden. Eine derart umfangreiche Bekanntmachung würde wahrscheinlich wegen der damit verbundenen Unübersichtlichkeit ihren Zweck verfehlen. Die geschätzten Kosten einer schriftlichen Benachrichtigung i.H.v. ca. 37.000 DM wären zwar im Vergleich zu den Veröffentlichungskosten von ca. 18.000 DM höher einzuschätzen, jedoch unter den Aspekten der Bürgerfreundlichkeit und Verfahrenseffizienz sinnvoll, da eine klare Zuordnung zum jeweiligen Stimmbezirk, bzw. Wahllokal gegeben ist und Verzögerungen im Ablauf der Abstimmung aufgrund einer notwendigen Legitimation der Abstimmungsberechtigten durch Personalausweis entfällt.

Ich schlage daher vor, spätestens am Tage vor der Auslegung des Abstimmungsverzeichnisses jeden Abstimmungsberechtigten, der in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist, zu benachrichtigen

- 4 § 8 des Satzungsentwurfes ist zusätzlich eingefügt worden. Die Mustersatzung enthält eine vergleichbare Regelung nicht, obwohl sie bei den Verweisungen auf das Kommunalwahlrecht den einschlägigen § 14 Kommunalwahlordnung für entsprechend anwendbar erklärt. Aus Gründen der Vollständigkeit halte ich die vorgeschlagenen Bestimmungen, vor allem wegen der Rechte der Abstimmungsberechtigten hinsichtlich des Datenschutzes (§ 8 Nr. 2) und der Einspruchsmöglichkeit gegen das Abstimmungsverzeichnis (§ 8 Nr. 3) für sinnvoll.

- 5 Lt. Mustersatzung besteht die Möglichkeit, den Bürgerentscheid an einem Sonntag, welcher vom Rat bestimmt wird, durchzuführen oder den Bürgerentscheid innerhalb eines Abstimmungszeitraumes von zwei Wochen stattfinden zu lassen. Die Kosten, die bei Festlegung eines längeren Abstimmungszeitraumes aufgrund des vorzuhaltenden Personals und der ehrenamtlichen Wahlhelfer entstehen, würden den finanziellen Aufwand für die Entschädigung der bei einem festgelegten Abstimmungstag einzusetzenden ehrenamtlich tätigen Vorstände in den Abstimmungslokalen übersteigen. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass die Konzentration der Abstimmung auf einen Sonntag mit Bildung der gewohnten Bezirke und Wahllokale die Abstimmungsbeteiligung begünstigen würde. Ich schlage daher vor, die Abstimmung an einem durch den Rat bestimmten Tag durchzuführen.

- 6 Die Mustersatzung sieht eine Abstimmungsprüfung nicht vor. Statt in einem förmlichen Abstimmungsverfahren sollen hier Zweifel am Ergebnis der Stimmenzählung vor der Feststellung des Ergebnisses (§14 Abs.1) durch eine Wiederholung der Auszählung ausgeräumt werden. Ich schlage vor, dass bei einem derart komplexen Verfahren schon aus rechtsstaatlichen Gründen eine der Wahlprüfung im Kommunalwahlrecht vergleichbare Abstimmungsprüfung vorgesehen werden sollte. Daher enthält § 17 des Satzungsentwurfes ein vereinfachtes Einspruchsverfahren vor, über das mit einem Ratsbeschluss entschieden wird.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein im Einzelfall

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt- bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlage 1

Satzung
zur Durchführung von Bürgerentscheiden
in der Stadt Siegen vom _____

Präambel

Aufgrund von § 7 Abs. 1 Satz 1 i. V. mit § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2000 (GV. NRW. S. 245) hat der Rat der Stadt Siegen am _____ folgende Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden beschlossen:

§ 1
Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für die Durchführung von Bürgerentscheiden im Gebiet der Stadt Siegen (Abstimmungsgebiet).

§ 2
Zuständigkeiten

- (1) Der Bürgermeister leitet die Abstimmung. Er ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung des Bürgerentscheides verantwortlich, soweit die Gemeindeordnung oder diese Satzung nichts anderes bestimmen.
- (2) Der Bürgermeister bildet für jeden Stimmbezirk einen Abstimmungsvorstand. Der Abstimmungsvorstand besteht aus dem Vorsteher, dem stellvertretenden Vorsteher und drei bis sechs Beisitzern. Der Bürgermeister bestimmt die Zahl der Mitglieder des Abstimmungsvorstandes und beruft die Mitglieder des Abstimmungsvorstandes. Der Abstimmungsvorstand entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorstehers den Ausschlag.
- (3) Die Mitglieder in den Abstimmungsvorständen üben eine ehrenamtliche Tätigkeit aus, auf die sinngemäß die allgemeinen Vorschriften des kommunalen Verfassungsrechts mit Ausnahme des § 31 der Gemeindeordnung Anwendung finden.

§ 3
Stimmbezirke

1

Der Bürgermeister teilt das Abstimmungsgebiet in Stimmbezirke ein. Grundlage bildet die Einteilung der Wahlbezirke der letzten Kommunalwahl.

§ 4

Abstimmungsberechtigung

- (1) Abstimmungsberechtigt ist, wer am Tag des Bürgerentscheids Deutscher im Sinne von Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaats der Europäischen Gemeinschaft besitzt, das 16. Lebensjahr vollendet hat und mindestens seit 3 Monaten im Gemeindegebiet seine Wohnung, bei mehreren Wohnungen seine Hauptwohnung hat.
- (2) Von der Abstimmungsberechtigung ausgeschlossen ist:
 1. derjenige, für den zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist; dies gilt auch, wenn der Aufgabenkreis des Betreuers die in § 1896 Abs. 4 und § 1905 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten Angelegenheiten nicht erfasst,
 2. wer infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland das Wahlrecht nicht besitzt.

§ 5

Abstimmungsverzeichnis

- (1) In jedem Abstimmungsbezirk wird ein Abstimmungsverzeichnis geführt. In das Abstimmungsverzeichnis werden alle Personen eingetragen, bei denen am 35. Tage vor dem Bürgerentscheid (Stichtag) feststeht, dass sie abstimmungsberechtigt und nicht von der Abstimmung ausgeschlossen sind.
- (2) Der Bürger kann nur in dem Stimmbezirk abstimmen, in dessen Abstimmungsverzeichnis er eingetragen ist.
- (3) Inhaber eines Stimmscheines können in jedem Stimmbezirk des Abstimmungsgebietes abstimmen.
- (4) Das Abstimmungsverzeichnis ist an den Werktagen vom 20. bis zum 16. Tage vor dem Bürgerentscheid zur allgemeinen Einsicht öffentlich auszulegen.

§ 6

2

Stimmschein

- (1) Abstimmen kann nur, wer in ein Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist oder einen Stimmschein hat.
- (2) Ein Abstimmungsberechtigter, der nicht in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist, erhält auf Antrag einen Stimmschein.

§ 7

Benachrichtigung der Abstimmungsberechtigten

3

- (1) Spätestens am Tage vor der Auslegung des Abstimmungsverzeichnisses benachrichtigt der Bürgermeister jeden Abstimmungsberechtigten, der in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist.
- (2) Die Benachrichtigung enthält folgende Angaben:
 1. den Familiennamen, den Vornamen und die Wohnung des Abstimmungsberechtigten,
 2. den Stimmbezirk und den Stimmraum,
 3. den Tag des Bürgerentscheids und die Abstimmungszeit,
 4. den Text der zu entscheidenden Frage,
 5. die Nummer, unter der der Abstimmungsberechtigte in das Verzeichnis der Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist,
 6. die Aufforderung, diese Benachrichtigung und einen gültigen Ausweis zur Abstimmung mitzubringen, verbunden mit dem Hinweis, dass auch bei Verlust dieser Benachrichtigung an dem Bürgerentscheid teilgenommen werden kann,
 7. die Belehrung, dass diese Benachrichtigung einen Stimmschein nicht ersetzt und daher nicht zur Stimmabgabe in einem anderen als dem angegebenen Stimmraum berechtigt.

§ 8

Bekanntmachung über das Verzeichnis

4

der Abstimmungsberechtigten und die Stimmscheine

- (1) Der Bürgermeister macht spätestens am 24. Tage vor der Abstimmung öffentlich bekannt,
 1. wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden das Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten ausliegt,
 2. dass auf Verlangen von Abstimmungsberechtigten im Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten ihr Geburtsdatum unkenntlich gemacht wird,
 3. dass innerhalb der Auslegungsfrist beim Bürgermeister Einspruch gegen das Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten eingelegt werden kann,
 4. wo, in welcher Zeit und unter welchen Voraussetzungen ein Stimmschein beantragt werden kann,
 5. dass den Abstimmungsberechtigten, die in das Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten eingetragen sind, bis spätestens zum 21. Tage vor der Abstimmung eine Benachrichtigung zugeht.

§ 9

Tag des Bürgerentscheids, Bekanntmachung

5

- (1) Der Bürgerentscheid findet an einem Sonntag statt. Der Tag wird vom Rat festgelegt.
- (2) Die Abstimmungszeit dauert von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr.
- (3) Unverzüglich nach der Bestimmung des Tags des Bürgerentscheids durch die Stadtverordnetenversammlung macht der Bürgermeister den Tag des Bürgerentscheids und dessen Gegenstand öffentlich bekannt. Die Bekanntmachung enthält:

1. den Tag des Bürgerentscheids,
2. den Text der zu entscheidenden Frage.

Die Bekanntmachung kann eine Erläuterung des Bürgermeisters enthalten, in der kurz und sachlich sowohl die Begründung der Antragsteller als auch die von dem zuständigen Gemeindeorgan vertretene Auffassung über den Gegenstand des Bürgerentscheids dargestellt wird.

- (4) Spätestens am sechsten Tage vor dem Bürgerentscheid macht der Bürgermeister unter Hinweis auf die Bekanntmachung nach Abs. 3 den Tag des Bürgerentscheids, Beginn und Ende der Abstimmungszeit, den Text der zu entscheidenden Frage sowie die Stimmbezirke und Stimmräume öffentlich bekannt. Die Bekanntmachung enthält:
 1. den Hinweis auf die in der Benachrichtigung enthaltenen Angaben zum Stimmbezirk und zum Stimmraum
 2. den Hinweis, dass die Stimmzettel amtlich hergestellt und im Stimmraum bereitgehalten werden,
 3. den Hinweis, dass ein gültiger Ausweis mitzubringen ist, damit sich der Abstimmende bei Verlangen über seine Person ausweisen kann,
 4. den Hinweis, dass der Abstimmende nur eine Stimme hat, die abgegeben wird, indem durch Ankreuzen oder auf andere Weise eindeutig kenntlich gemacht wird, welcher Antwort die Stimme gelten soll,
 5. den Hinweis, in welcher Weise mit Stimmschein abgestimmt werden kann.
- (5) Ein Abdruck der Bekanntmachung nach Abs. 4 ist vor Beginn der Abstimmung am Eingang des Gebäudes, in dem sich der Stimmraum befindet, anzubringen. Dem Abdruck ist ein Stimmzettel beizufügen.

§ 10 Stimmzettel

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt. Sie müssen die zu entscheidende Frage enthalten und auf "ja" und "nein" lauten. Zusätze sind unzulässig.

§ 11 Öffentlichkeit

- (1) Die Abstimmungshandlung und die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses in den Stimmbezirken sind öffentlich. Der Abstimmungsvorstand kann aber im Interesse der Abstimmungshandlung die Zahl der im Stimmlokal Anwesenden beschränken.
- (2) Den Anwesenden ist jede Einflussnahme auf die Abstimmungshandlung und das Abstimmungsergebnis untersagt.
- (3) In und an dem Gebäude, in dem sich der Abstimmungsraum befindet, ist jede Beeinflussung der Abstimmenden durch Wort, Ton, Schrift oder Bild verboten.
- (4) Die Veröffentlichung von Ergebnissen von Abstimmungsbefragungen nach der Stimmabgabe über den Inhalt der Abstimmungsentscheidung ist vor Ablauf der Abstimmungszeit unzulässig.

§ 12 Stimmabgabe

- (1) Der Abstimmende hat eine Stimme. Er gibt seine Stimme geheim ab.
- (2) Der Abstimmende gibt seine Stimme in der Weise ab, dass er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welcher Antwort sie gelten soll.
- (3) Der Abstimmende faltet daraufhin den Stimmzettel und wirft ihn in die Abstimmungsurne.
- (4) Der Abstimmende kann seine Stimme nur persönlich abgeben. Ein Abstimmender, der des Lesens unkundig oder durch körperliches Gebrechen gehindert ist, den Stimmzettel zu kennzeichnen, zu falten und in die Abstimmungsurne zu werfen, kann sich der Hilfe einer anderen Person (Hilfsperson) bedienen.
- (5) Eine Stimmabgabe per Brief findet nicht statt.

§ 13 Stimmenzählung

- (1) Die Stimmenzählung erfolgt unmittelbar im Anschluss an die Abstimmungshandlung durch den Abstimmungsvorstand.
- (2) Bei der Stimmenzählung ist zunächst die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen an Hand des Abstimmungsverzeichnisses sowie der eingenommenen Abstimmsscheine festzustellen und mit der Zahl der in den Urnen befindlichen Stimmzettel zu vergleichen. Danach wird die Zahl der gültigen Stimmen und der auf jede Antwort entfallenen Stimmen ermittelt.
- (3) Über die Gültigkeit der Stimmen entscheidet der Abstimmungsvorstand.

§ 14 Ungültige Stimmen

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel:

1. nicht amtlich hergestellt ist,
2. keine Kennzeichnung enthält,
3. den Willen des Abstimmenden nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
4. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

§ 15 Feststellung des Ergebnisses

- (1) Der Rat stellt das Ergebnis des Bürgerentscheids spätestens am 10. Tage nach dem Bürgerentscheid fest. Die Frage ist in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens 20 v. H. der Bürger beträgt. Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet.
- (2) Der Bürgermeister macht das festgestellte Ergebnis öffentlich bekannt.

§ 16 Abstimmungsprüfung

- (1) Gegen das Ergebnis kann jeder Abstimmungsberechtigte binnen eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift unter Angabe von Gründen Einspruch beim Bürgermeister einlegen.
- (2) Der Rat befindet durch Beschluss über diesen Einspruch

§ 17 Anwendung der Kommunalwahlordnung

Folgende Vorschriften der Kommunalwahlordnung vom 31. August 1993 (GV. NRW. S. 592, 967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. August 1998 (GV. NRW. S. 509), finden entsprechende Anwendung: §§ 4, 7, 9 - 11, 12 Abs. 1, 2 und 4, 14 (mit Ausnahme Nr. 5 und 6) - 19, 22, 33 - 55, 63, 81 - 83.

§ 18 Inkrafttreten

Die Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Sie tritt außer Kraft, sobald der Innenminister NRW durch Rechtsverordnung Regelungen zum Bürgerentscheid trifft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

1. eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
2. diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
3. der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
4. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Siegen vorher gerügt und dabei auch die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Siegen, den

Ulf Stötzel
Bürgermeister

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Bearbeitet von: Astrid Schneider

Datum
20.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

02.10.2001

Rat

24.10.2001

Betreff:

Übernahme einer neuen Patenschaft für ein Boot / Schiff der Deutschen Marine

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, beim Ministerium für Verteidigung den Antrag auf Übernahme einer neuen Patenschaft für ein Boot / Schiff der Deutschen Marine zu stellen.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	-----------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich Geschäftsbereich 1
Bearbeitet von:

Datum
14.08.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss	29.08.2001
Kulturausschuss	25.09.2001
Rat	24.10.2001

Betreff:

Überprüfung einer möglichst umfassenden Kooperation der Volkshochschulen des Kreises Siegen-Wittgenstein und der Stadt Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Abschlussbericht der Projektgruppe "Volkshochschulen" zur Kenntnis und verweist ihn zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Kulturausschuss sowie den Rat der Stadt Siegen.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle @HST@
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	--------------------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Sport, Bäder
Bearbeitet von: Herrn Paul

Datum
26.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

02.10.2001

Rat

24.10.2001

Betreff:

Bäderkonzeption - Finanzierung
Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW

Beschlussvorschlag:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW:

Die Haushaltsmittel für die Finanzierung des Auftrages für die Vergabe der Bäderkonzeption in Höhe von 81.000,00 DM werden außerplanmäßig auf der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 1.570.6550.5 bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch

die Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln aus der HHSt. 1.560.5101.2 -
Sonderprogramm für die Unterhaltung der Sportplätze - in Höhe von
50.000,00 DM und

aus Mehreinnahmen aus der HHSt. 1.571.1100.0 - Benutzungsgebühren
Freibäder - in Höhe von 31.000,00 DM.

2. Der Rat der Stadt Siegen genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung vom 02.10.2001.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
81.000 DM	DM	81.000 DM	DM	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2001 apl.	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 81.000 DM	Haushaltsstelle 1.570.6550.5
-----------------------------------	---	-------------------------------	--	---------------------------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich Soziales, Familie, Jugend, Wohnen
Bearbeitet von:

Datum
18.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss	02.10.2001
Jugendhilfeausschuss	23.10.2001
Rat	24.10.2001

Betreff:

Kindertageseinrichtung Birkenweg 18 - Sanierung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Kindertageseinrichtung "Birkenweg 18", Eiserfeld, in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Siegen-Wittgenstein/Olpe, Siegen, mit 447.000,00 DM zu sanieren. Der städt. Eigenanteil beträgt 377.777,00 DM. Im Haushaltsjahr 2001 stehen hierfür 176.250,00 DM zur Verfügung. Die Ausfinanzierung der Maßnahme erfolgt im Haushaltsjahr 2002.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	-----------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich Feuerschutz und Rettungsdienst
Bearbeitet von:

Datum
13.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Feuerschutzausschuss	26.09.2001
Haupt- und Finanzausschuss	02.10.2001
Rat	24.10.2001

Betreff:

Brandschutzbedarfsplan der Stadt Siegen 2001 bis 2003

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Brandschutzbedarfsplan für die Feuerwehr der Stadt Siegen für den Zeitraum 2001 bis 2003.

Die Verwaltung wird beauftragt, die dem Brandschutzbedarfsplan entsprechende Finanzplanung vorzunehmen.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle @HST@
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	--------------------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich Stadtreinigung
Bearbeitet von:

Datum
22.08.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie	06.09.2001
Haupt- und Finanzausschuss	02.10.2001
Rat	24.10.2001

Betreff:

Änderung der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt,

1. die Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Siegen vom 23.12.1992 in der derzeit gültigen Fassung vom 25.09.1997 wird entsprechend der Änderungssatzung in Anlage 1 zur Vorlage geändert,
2. der zur Förderung der Eigenkompostierung gewährte Zuschuss bei Anschaffung eines Komposters (§ 1a Nr. 4 Abfallwirtschaftssatzung) in Höhe der Hälfte des Kaufpreises je Stück, höchstens jedoch von 50,00 DM (= 25,56 €) je Stück, wird ab 01.01.2002 auf die Hälfte des Kaufpreises je Stück, höchstens jedoch 25,00 € je Stück festgesetzt,
3. die Geldbuße (§ 20 Abs. 2 Abfallwirtschaftssatzung) von bis zu 10.000 DM (= 5.112,92 €) wird ab 01.01.2002 auf bis zu 10.000 € angehoben.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	-----------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich Eigenbetrieb Entwässerung
Bearbeitet von:

Datum
06.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Werksausschuss

21.09.2001

Rat

24.10.2001

Betreff:

Jahresabschluss 2000

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

- den Jahresabschluss zum 31.12.2000 (Anlagen 1, 2 und 3 zur Vorlage),
- den Lagebericht (Anlage 4 zur Vorlage) festzustellen und
- den Jahresgewinn von 602.090,59 DM auf neue Rechnung vorzutragen

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle @HST@
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	--------------------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich Eigenbetrieb Entwässerung
Bearbeitet von:

Datum
06.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Werksausschuss

21.09.2001

Rat

24.10.2001

Betreff:

Betriebsabrechnung 2000

Beschlussvorschlag:

Der Bericht zur Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2000 wird zur Kenntnis genommen.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle @HST@
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	--------------------------

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Herrn Kreutz

Datum
04.10.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

24.10.2001

Betreff:

Ausschussneubesetzung - Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Christoph Otterbach als ordentliches Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Sachverhalt / Begründung:

In o. g. Gremium ist ein Ausschusssitz zu besetzen. Seitens der CDU-Fraktion wird Herr Christoph Otterbach als Nachfolger für Herrn Stefan Kesting vorgeschlagen.

Ulf Stötzel

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Herrn Kreutz

Datum
08.10.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ Öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

24.10.2001

Betreff:

**Ausschussneubesetzungen - Bezirksausschuss II - Siegen-Weidenau -
- Bezirksausschuss VI - Siegen-Eiserfeld -**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt

- a) Herrn Raimund Klauser als ordentliches Mitglied in den Bezirksausschuss II
– Siegen-Weidenau – und
- b) Herrn Ulrich Krombach als stellvertretendes Mitglied in den Bezirksausschuss VI –
Siegen-Eiserfeld –.

Sachverhalt / Begründung:

In den o. g. Gremien sind Ausschusssitze zu besetzen. Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN werden Herr Klauser als Nachfolger für Frau Anne Schmidt-Peters sowie Herr Krombach als Nachfolger für Herrn Phat Tan Nguyen vorgeschlagen.

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Herrn Kreutz

Datum
15.10.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

24.10.2001

Betreff:

Ausschussneubesetzung - Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt

- a) Herrn Günter Niedernhöfer als ordentliches beratendes Mitglied und
- b) Herrn Meik Klingelhöfer als stellvertretendes beratendes Mitglied

in den Jugendhilfeausschuss.

Sachverhalt / Begründung:

Im o. g. Gremium sind Sitze zu besetzen. Das Deutsche Rote Kreuz benennt Herrn Klingelhöfer, der bisher als ordentliches beratendes Mitglied fungierte, als Nachfolger für den ausgeschiedenen Herrn Reiner Schäfer. Herr Niedernhöfer wird wiederum als Nachfolger für Herrn Klingelhöfer vorgeschlagen.

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Herrn Kreutz

Datum
23.10.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

24.10.2001

Betreff:

Ausschussneubesetzung - Bezirksausschuss II - Siegen-Weidenau -

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Frau Brigitte Sondermann als stellvertretendes Mitglied in den Bezirksausschuss II – Siegen-Weidenau – .

Sachverhalt / Begründung:

Im o. g. Gremium ist ein Ausschusssitz zu besetzen. Die CDU-Fraktion benennt Frau Brigitte Sondermann als Nachfolgerin für Herrn Karl-Heinz Nöh.

Ulf Stötzel

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Herrn Kreutz

Datum
23.10.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

24.10.2001

Betreff:

Ausschussneubesetzungen

- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften
 - Feuerschutzausschuss
 - Kulturausschuss
 - Bezirksausschuss IV - Siegen-Mitte -
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt

- a) Herrn Herbert Haas als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften,
- b) Herrn Rainer Stötzl als ordentliches Mitglied in den Feuerschutzausschuss,
- c) Herrn Achim Maziejewski als stellvertretendes Mitglied in den Feuerschutzausschuss,
- d) Frau Marion Maziejewski als stellvertretendes Mitglied in den Kulturausschuss,
- e) Frau Birgit Eberlein als ordentliches Mitglied in den Bezirksausschuss IV – Siegen-Mitte – sowie
- f) Herrn Johannes Althaus als stellvertretendes Mitglied in den Bezirksausschuss IV – Siegen-Mitte – .

Sachverhalt / Begründung:

In den o. g. Gremien sind Ausschusssitze zu besetzen. Die SPD-Fraktion unterbreitet folgende Besetzungsvorschläge:

Ausschuss	Bisheriges Mitglied	Neues Mitglied
Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften	Weber, Christian (stellvertretendes Mitglied)	Haas, Herbert (stellvertretendes Mitglied)
Feuerschutzausschuss	Weber, Christian (ordentliches Mitglied)	Stötzel, Rainer (ordentliches Mitglied)
Feuerschutzausschuss	Stötzel, Rainer (stellvertretendes Mitglied)	Maziejewski, Achim (stellvertretendes Mitglied)
Kulturausschuss	Maziejewski, Achim (stellvertretendes Mitglied)	Maziejewski, Marion (stellvertretendes Mitglied)
Bezirksausschuss IV – Siegen-Mitte –	Weber, Christian (ordentliches Mitglied)	Eberlein, Birgit (ordentliches Mitglied)
Bezirksausschuss IV – Siegen-Mitte –	Eberlein, Birgit (stellvertretendes Mitglied)	Althaus, Johannes (stellvertretendes Mitglied)

Ulf Stötzel

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich

Fachbereich Stadtentwicklung, Strukturförderung, Liegenschaf-
ten, Statistik

Bearbeitet von:

Datum

19.10.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

24.10.2001

Betreff:

Weihnachtsmarkt in der Oberstadt 2001;
- Übernahme einer Finanzierungslücke

Beschlussvorschlag:

Auf Grund der Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften sowie des Haupt- und Finanzausschusses beschließt der Rat der Stadt Siegen, die Realisierung des Weihnachtsmarktes in der Oberstadt durch Übernahme einer Restfinanzierung in Höhe von 20.000,00 DM aus Strukturfördermitteln für die Oberstadt zu unterstützen.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
DM	DM	DM	DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit DM	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	--	-----------------